

BUNDESTAGSWAHL AM 24. SEPTEMBER

Die Welt verändern - LINKE wählen!

Die Reichen werden immer vermöglicher, während gleichzeitig immer mehr Menschen nicht wissen, wie sie den Rest des Monats über die Runde kommen sollen. Und das betrifft viele Bereiche unserer Gesellschaft.

Ältere Menschen genauso, wie Familien mit kleinen Kindern, Alleinerziehende und Menschen, die zwei oder drei Nebenjobs brauchen, um alles zu finanzieren. Im Kern haben wir es mit einer zutiefst ungerechten Wirtschaftspolitik zu tun, in der nur noch das Recht des Stärkeren herrscht und die Interessen der Menschen auf der Strecke bleiben. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn zehntausende Kinder im Sudan vom Hungertod bedroht sind, Menschen auch mit deutschen Waffen in Bürgerkriegen erschossen werden und die Leichen der Geflüchteten an Europas Küsten gespült werden. DIE LINKE will Ursachen und die Profiteure dieser Politik benennen und eine andere Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen.

Die LINKSZEITUNG hat mit dem Direktkandidaten der LINKEN für Kassel, Torsten Felstehausen gesprochen

LZ: Bundespolitik ist ja oft weit weg, welche Schwerpunkte soll eine linke Politik für Kassel haben?

Torsten Felstehausen: Wir müssen sofort beginnen in der Wohnungspolitik umzusteuern. Gab es Anfang der 1990 Jahre noch bundesweit über drei Millionen Sozialwohnungen ist die Anzahl inzwischen auf 1,2 Millionen gesunken. Stattdessen entstehen teure Stadtvillen, die mit einem normalen Einkommen nicht finanzierbar sind. Diese Entwicklung müssen wir auch in Kassel stoppen. Wohnen darf kein Luxusgut sein. Durch gezielte Förderprogramme müssen soziale Brennpunkte lebenswert gemacht werden, ohne das eine Verdrängung durch Gentrifizierung einsetzt.

Bildung muss nicht nur auf den Plaka-

ten groß geschrieben werden, sondern es muss nach der Wahl auch etwas passieren. Bildung von Anfang an – und das kostenfrei. Der Besuch von Kitas, Schule und Uni darf nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir brauchen ein bundesweites Programm zur Renovierung von Schulen. Die Stadt Kassel hat jahrelang von der Substanz gelebt und seine Schulen verfallen lassen. Wir fordern eine sofortige Sanierung aller Schulen zum Lern- und Erlebnisort mit einem verlässlichen Lehr- und Betreuungsangebot durch ausreichend qualifizierte und gut entlohnte Pädagog*innen bis zum Nachmittag.

Zentral für unser Programm ist eine konsequente Friedenspolitik die sich ge-

gen Auslandseinsätze der Bundeswehr stellt. Aber der Krieg beginnt bereits hier, mitten in Kassel. Deutsche Waffen, hergestellt von KMW und Rheinmetall, sind immer noch verantwortlich für tausendfachen Tod - weltweit. Ich werde mich dafür einsetzen auch für diese Firmen ein Konversionskonzept erstellt wird, das die Arbeitsplätze sichert und gleichzeitig einen Ausstieg aus dem todbringenden Geschäft ermöglicht. Es gibt einen riesigen Bedarf nach vielen Gütern, aber nicht nach Waffen!

LZ: Wahlkampf, überall Plakate, Flyer und Wahlwerbung. Wie fühlt sich das an, das Gesicht der Partei in einem Bundestagswahlkampf zu sein?

SOZIAL.
GERECHT.
FRIEDEN.
FÜR ALLE

Die Zukunft,
für die wir
kämpfen!

DIE LINKE.

Nicht
warten, son-
dern Briefwahl-
möglichkeit nut-
zen oder direkt
im Rathaus
wählen

Torsten Felstehausen: Naja, bei den LINKEN steht der Personenkult nicht so im Mittelpunkt. Natürlich wollen auch wir das Direktmandat, aber für DIE LINKE kommen immer erst unsere Ziele und dann die Personen. Ich ärgere mich schon über die Plakate der SPD, auf denen „mehr soziale Gerechtigkeit“ gefordert wird. In den letzten 20 Jahren saß die SPD 16 Jahre auf der Regierungsbank, warum hat sie nichts gemacht? Aber es macht auch Spaß, du lernst viele Leute kennen, setzt dich täglich mit neuen Themen auseinander und es gibt ein tolles Team, das Wahlkampf macht. Mit Menschen ins Gespräch kommen, über Lösungen zu streiten und neue Ideen entwickeln, das ist das macht einen guten Wahlkampf aus. Die Stärke linker Politik muss auch in Zukunft sozusagen auf der Straße liegen. Mit Initiativen und

Vereinen, Menschen aus verschiedenen sozialen und ökologischen Bewegungen müssen wir gemeinsam streiten und kämpfen für ein Land – sozial, gerecht, friedlich – für alle!

Zur Person: Torsten Felstehausen ist 52 Jahre alt, Technologieberater, verheiratet, hat 2 Kinder und wohnt in Kaufungen.



Torsten Felstehausen (l.), Direktkandidat für Kassel im Gespräch

BESETZUNG DER VILLA RÜHL

Kulturelle Freiräume schaffen

Anfang Juni wurde die „Villa Rühl“ in der Mönchebergstraße besetzt. Das Gebäude, das sich im Besitz der Universität Kassel befindet, steht seit vielen Jahren leer.

Ziel der Besetzer*innen war die Schaffung eines kulturellen Zentrums. Die Linksjugend [’solid] Kassel, hat die Besetzung unterstützt und fragt einen Aktivist, der stark in dem Projekt beteiligt ist, wie es jetzt, auch nach der Räumung durch die Uni weitergeht.

[’solid]: Uns interessiert wieso die Villa zu diesem Zeitpunkt besetzt wurde. Kannst du uns etwas über die Ausgangslage der Besetzung sagen?

Felix: Viele soziale Zentren in Kassel wurden im Verlauf der letzten Jahre dicht

gemacht - unter anderem die Salzmann Fabrik, das Karoshi und das HAUS. In Kassel gibt es nicht genug unkommerzielle Freiräume. Die Villa sollte ein Raum werden, in dem sich jede*r frei von Diskriminierung entfalten kann. Das Gebäude ist im Besitz der Uni und steht seit 5 Jahren leer. Im Bauplan der Uni steht keine vorhergesehene Nutzung für das Objekt drin.

[’solid]: Wie gestaltete sich der Ort und wie reagierte die Bevölkerung darauf?

Felix: Die Struktur war selbstorganisiert - alle konnten sich einbringen, austauschen und neues lernen. Es gab ein tägliches Plenum und eine Küfa (Küche für alle), die es weiterhin mittwochs im Nordstadtpark gibt. Verschiedene Veranstaltungen fanden statt, Touren

durch die Villa haben der Nachbarschaft und Interessierten einen Einblick in das entstandene Zentrum gegeben. Vereinzelt stieß man auf extreme Ablehnung, aber zum größten Teil unterstützte der Stadtteil das Projekt.

[’solid]: Warum wurde am 19.06. dann geräumt?

Felix: Die Uni hat stets auf ihren Besitz des Gebäudes verwiesen und war nicht kooperationsbereit. Im Grundgesetz steht jedoch, dass Eigentum verpflichtet und zum Wohle der Allgemeinheit genutzt werden muss. Die Aktivist*innen sind auf die Univerwaltung zugegangen, diese wollten jedoch nicht verhandeln und ließen die Villa zum Entsetzen vieler räumen.

[’solid]: Was passiert jetzt? Gibt es Forderungen, für die sich „Unsere Villa“ weiterhin stark macht?

Felix: Am Tag nach der Räumung gab es eine kämpferische Demonstration mit 250 Personen auf der Straße. Das zeigt, dass die Uni uns die Villa nehmen kann, aber nicht die Bewegung. Es gibt weiterhin ein wöchentliches Plenum, dienstags um 17:30 Uhr. Unabhängig von der Villa Rühl existiert viel Leerstand in Kassel und weiterhin fordern wir, diesen Leerstand zu nutzen. Es braucht für alle zugängliche Räume für Kreativität, Kultur und des Austauschs in Kassel.

Das Gespräch führte Hannah von Linksjugend [’solid]



IN GRIECHENLAND UND KASSEL

Wasserversorgung in öffentliche Hand

Mit dem Motto „Von Athen lernen“ bietet die Documenta den Rahmen, um auch die Verbindung zwischen den Folgen der Privatisierungspolitik in Griechenland und hier zu schaffen.

Die Kasseler Linke beantragt, dass sich die Kasseler Stadtverordnetenversammlung der Petition „Wasser ist Menschenrecht - Stoppt die Wasserprivatisierung in Griechenland“ anschließt. Deutschland trägt besondere Verantwortung für das Spardiktat, das der griechischen Bevölkerung auferlegt wurde und wird. Die EU-Institutionen unternehmen gerade einen erneuten Anlauf, die zwei größten Wasserwerke in Thessaloniki und Athen anteilig zu privatisieren.

Wie viele Beispiele in europäischen Städten zeigen werden bei Privatisierung nicht nur die Investitionen zurückgefahren, sondern auch die Preise angehoben. Steigende Preise aber heißen für Griechenland, dass große Teile der Bevölkerung nur noch ungenügenden oder keinen Zugang zu Wasser mehr hätten. Griechenland ist zurzeit ein Laboratorium des neoliberalen Umbaus, in dem die Schmerzgrenzen der Bevölkerung ausgetestet werden.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass vor einigen Jahren auch in Kassel die Privatisierung der Wasserversorgung diskutiert wurde. Zwar hat ein Bürgerbegehren im Jahr die Privatisierung der Wasserversorgung in der Region als politisch nicht durchsetzbar scheitern lassen, eine vollständige Rekommunalisierung der städtischen Wasserversorgung aber nicht durchsetzen können. Dafür hätte die Stadt auch die Städtischen Werke AG rekommunalisieren müssen, also die 25 Prozent der Aktien zurückkaufen müssen, die sich seinerzeit im Besitz von Vattenfall und nun im Besitz von THÜGA befinden.

Als Ergebnis der jahrelangen Ausei-

inandersetzungen, die die Bürgerinitiative „Unser Wasser Kassel“ gegen eine große Koalition nahezu aller damaligen Rathausfraktionen führen musste, gibt es immerhin seit 2012 den städtischen Eigenbetrieb KasselWasser. Aber mit der Erbringung aller Leistungen durch die Städtischen Werke Netz- und Service GmbH als Blackbox Angebot blieben die Betriebskommission von KasselWasser und die Stadtverordnetenversammlung von vielen wesentlichen Informationen und Entscheidungen - z.B. über die Investitionen - abgeschnitten. Der Kampf ums Wasser geht also weiter - in Griechenland wie auch in unserer Stadt.

Lutz Getzschmann



Kläranlage im Wesertor: Betrieben vom städtischen Eigenbetrieb KASSELWASSER

KVG NETZREFORM

Falsche Weichenstellung korrigieren

Im Juli wurde sie nun mit knapper Mehrheit beschlossen: die Liniennetzreform, also die Umstrukturierung des Bus- und Tramnetzes in Kassel.

Ziel war neben der „Anpassung an die Nachfrage“ vor allem von Seiten der Stadt die Kosteneinsparung. Die komplette Streichung von manchen Buslinien konnte verhindert werden, es ist trotz des massiven Protests jedoch nicht gelungen die Netzreform in Gänze zu verhindern.

Was lässt sich von diesem zwei Jahre langen Prozess lernen? Zum einen, dass es gelang, dort wo Einzelne begannen, sich mit Nachbarn und Kolleginnen auszutauschen und mit Unterschriftenlisten und Aktionen aktiv wurden, die Durch-

setzung der Netzreform zu verzögern und abzuschwächen. Letztendlich wurde der Beschluss von der Stadt durchgezogen, aber erst nach einem weiteren Jahr und dem Zimmern einer wackligen Koalition mit überaus knapper Mehrheit. Gelungen ist auch, viele einzelne Akteure, Initiativen und Verbände mit ihrem Protest zusammen zu bringen und statt nur einzelner Buslinien die Grundfrage zu stellen, wie der Nahverkehr der Zukunft angesichts von Feinstaubbelastung, Klimawandel und zunehmender Ungleichheit aussehen müsste.

Der Nahverkehr müsste ausgebaut werden, er müsste günstiger werden. Die hessenweiten Schülertickets und Jobtickets der Landesbeschäftigten weisen in diese Richtung. Aber gerade ein Sozialticket für Menschen mit wenig Geld ist

nach wie vor nicht in Sicht. Da heißt es dranbleiben!

Zum anderen lässt sich lernen, dass wir immer wieder und zunehmend die grundlegende Versorgung durch die öffentliche Hand verteidigen müssen. Mit der Ankündigung des KVV Konzerns zukünftig jährlich 27 Mio. Euro kürzen zu wollen und zwar vor allem durch zusätzliche Arbeitsverdichtung und Personalabbau, wird sich die Frage erneut stellen. Der KVV-Konzern versammelt unter seinem Dach viele Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge, wie Strom, Gas, Öffentlichen Personennahverkehr, Wasser, Müllverbrennung, Wärme u.v.m., er sorgt für Ausbildungsplätze und Beschäftigung. Doch der permanente Ruf nach Wettbewerbsfähigkeit wird auch von kommunalen Unternehmen bemüht.

Violetta Bock

Nein zu Abschiebungen nach Afghanistan

Bei dem Anschlag auf die Deutsche Botschaft in Kabul Ende Mai starben über 150 Menschen. Seitdem sind Abschiebungen nach Afghanistan zwar weitgehend ausgesetzt worden, jedoch noch nicht vom Tisch.

Bei dem Anfang Juli von der Kasseler Linke mitveranstalteten Diskussionsabend zum Thema „Abschiebungen stoppen, Fluchtursachen bekämpfen – aber wie?“ erklärte der Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, Sean McGinley, dass aufgrund eines Abkommens Afghanistan von Deutschland Geld für die Rücknahme von Geflüchteten bekomme. Die Rückführung erfolge oft in Regionen Afghanistans, in denen Betroffene häufig ohne ein lebensnotwendiges bestehendes Netzwerk ihrer Familien und Freund*innen in dem Land nicht alleine überleben können. Mortaza Naderny, der derzeit selbst von Ab-

schiebung bedroht ist, berichtete über die ständige drohende Angst vor Selbstmordanschlägen, und beschrieb sehr eindringlich das Gefühl von Bombenexplosionen und Unsicherheit.

Die Kasseler Linke stellte im Frühjahr einen Antrag, der die Stadtverordnetenversammlung auffordert sich gegen jede Abschiebung in Kassel lebender Menschen nach Afghanistan auszusprechen. Weiter wurde die schwarz-grüne Landesregierung aufgefordert, ein entsprechendes Abschiebeverbot zu erlassen. Der Antrag wurde mit Änderungen angenommen. Unterstützung erfuhr der Antrag zusätzlich durch Proteste vor dem Rathaus und am Opernplatz.

Ein Bündnis aus Vertreter*innen von „Kein Mensch ist illegal“ und anderen Initiativen mit Unterstützung der Kasseler Linke rufen dazu auf, zur „We'll come united“-Parade am 16. September nach

Berlin zu fahren. Dort wird eine Woche vor den Bundestagswahlen der Forderung Nachdruck verliehen, Abschiebungen jeglicher Art zu stoppen, Asylgesetze und das repressive Grenzregime der EU abzuschaffen. Diese Forderungen werden mit sozialen Themen, wie erschwinglichem guten Wohnraum für alle und kostenlosem Zugang zu Bildung und Gesundheit verbunden.

Anne Engelhardt



Protest am diesjährigen Equal-Pay-Day

Sozialkompass weiter verfügbar

Der Sozialkompass der Kasseler Linke versteht sich als alternativer Stadtführer für Menschen mit wenig Geld. Er kann im Fraktionsbüro der Kasseler Linken unter der Telefonnummer 0561-7873315 oder per Mail unter info@sozialkompasskassel.de bestellt werden und liegt außerdem im Büro DIE LINKE in der Schillerstr 21 und vor dem Fraktionsbüro im Rathaus Kassel zum Mitnehmen aus.

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Donnerstag 14-16 Uhr BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25 nicht in den Schulferien

Jeden Dienstag 14 Uhr - 15:30 Uhr Hartz-IV-Beratung
mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs
Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21 Kassel

Jeden zweiten Mittwoch im Monat trifft sich die Nordstadtlinke ab 19:30 Uhr in der Schillerstraße 21

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend [´solid] ab 18 Uhr im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21

Aktuelle Termine unter www.kasseler-linke.de/termine

Impressum linKS zeitung

Herausgeber: Kasseler Linke
Schillerstr. 21, 34117 Kassel
0561/9201503
E-Mail kontakt@kasseler-linke.de
www.kasseler-linke.de
V.i.S.d.P.: Lutz Getzschmann
Redaktion: Jens Meyer
Druckerei: Onlineprinters GmbH
Auflage: 10.000

**+ DIE +
LINKSZEITUNG**

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.